

Anfrage

der Abgeordneten **Stephanie Cox, BA, Kolleg_innen**

an die **Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, Beate Hartinger-Klein**

betreffend **Auflösung der Ringvorlesung "Eine von fünf"**

BEGRÜNDUNG

„Eine von fünf: Kinder/Jugendliche als (Mit-)Betroffene von häuslicher Gewalt“ bietet Studierenden der Medizinischen Universität Wien an insgesamt 7 Vorlesungstagen einen Einblick in die Hintergründe, Ursachen und Folgen des komplexen Themas Gewalt an Frauen und Kindern. ExpertInnen geben ihr Wissen über konkrete Unterstützungsmöglichkeiten für einen verbesserten Schutz vor Gewalt weiter.

Seit 2009, fast zehn Jahren, wurde diese Ringvorlesung in Kooperation mit dem Zentrum für Gerichtsmedizin der MedUni Wien unter der Leitung von Ao. Univ.-Prof.in Dr.in Andrea Berzlanovich abgehalten und vom Frauenministerium unterstützt. Die Volksanwaltschaft ist seit 2016 ebenfalls Kooperationspartner.

Die interdisziplinäre Verbindung von Theorie und Praxis zeigt verschiedene Optionen des Erkennens, der Intervention und des konkreten Handelns bei Gewalt an Frauen und Kindern, auch im Sinne von Prävention, auf. Die Lehrveranstaltung will Studierende aus unterschiedlichen Fachrichtungen dafür gewinnen, sich im Hinblick auf ihre zukünftige berufliche Praxis sowie im wissenschaftlichen Kontext mit der Gewaltthematik und den für die Betroffenen daraus resultierenden gesundheitlichen Problemen intensiv zu befassen.

Die zuständige Förderabteilung im Frauen- und Familienministerium gab zu verstehen, dass dieses Projekt aus Gründen der geplanten Einsparungsmaßnahmen nicht mehr finanziert wird. Deshalb wurde in diesem Jahr nicht um Förderung für die Ringvorlesung "Eine von fünf" im Umfang von etwa € 6.000 angesucht.

Menschen, die im Gesundheitswesen tätig sind, sind oftmals die Ersten, die Kontakt zu Opfern der häuslichen Gewalt haben und Übergriffe erkennen können. Die Sensibilisierung von zukünftigem medizinischem Fachpersonal ist essentiell, um Vorkenntnisse und Bewusstsein zu schaffen und die Gewaltspirale zu durchbrechen.

Viele ExpertInnen empfehlen nach der Implementierung der erfolgreichen Zusammenarbeit von Gewaltschutzzentren mit der Polizei und der Justiz, die Kooperation auf das Gesundheitswesen auszudehnen. Jedoch spricht die gegenständliche Maßnahme eindeutig dagegen und setzt ein falsches Signal.

Die Schulung hinsichtlich des komplexen Themas der häuslichen Gewalt und des Erkennens derselben ist oberstes Gebot, um Menschenleben retten zu können. Daher ist die Bundesregierung gefordert zu handeln.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen folgende

ANFRAGE

1. Wird diese wichtige Initiative vom Gesundheitsministerium unterstützt?
2. Wird zukünftig das Gesundheitsministerium die Kosten von € 6.000 für die Ringvorlesung übernehmen, wenn das Frauenressort diese Summe nicht zur Verfügung stellen kann?
3. Welche konkreten Initiativen und Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und zum Wissensaufbau bei medizinischem Fachpersonal über den Umgang mit Betroffenen von häuslicher Gewalt sind von Ihrem Ministerium geplant?
 - a. Wann genau wollen Sie diese ergreifen?
 - b. Wie viel Budget werden Sie dafür aufwenden?
4. Welche Kosten sind in den Jahren 2009-2018 aufgrund von häuslicher Gewalt für den Staat in Gesundheitseinrichtungen durch die Behandlung von betroffenen Frauen angefallen?
5. Welche Folgekosten werden dem Staat in Zukunft jährlich in Gesundheitseinrichtungen durch das Nichterkennen von häuslicher Gewalt entstehen?

Zill
Johy-Vf
B. Pauer
Pauer
Pauer / 1

